

über die 16. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 26.10.2016

**Sitzungsraum:** Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein

**Beginn:** 18:05 Uhr

**Ende:** 23:50 Uhr

**Anwesend:**

**Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Dr. Florian Klein

anwesend bei gemeinsamer Beratung zu  
Tagesordnungspunkten ö 4 und ö 5  
(abwesend bei Abstimmung)

Frau Janne Koch

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Frau Lisa Pientak

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Kathrin Sarin

Herr Sven Schuhen

anwesend bei gemeinsamer Beratung zu  
Tagesordnungspunkten ö 4 und ö 5  
(abwesend bei Abstimmung)

Herr Joris Schüller

Frau Laura Töpfer

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühlend

anwesend bei gemeinsamer Beratung zu  
Tagesordnungspunkten ö 12 und ö 13  
(abwesend bei Abstimmung)

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

anwesend bei gemeinsamer Beratung zu  
Tagesordnungspunkten ö 12 und ö 13  
(abwesend bei Abstimmung)

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller

Frau Stefanie Rohm

Herr Alexander Schumacher

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell

**FDP**

Herr Andreas Wölk

**Rechnungsprüfung**

Herr Georg Mittmann

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Frau Gisela Herforth

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe

Frau Sabine Noll

Frau Christiane Schärfke

Herr Marc Steven

Herr Thomas Waters

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

**Entschuldigt fehlten:**

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Brinja Bures

Frau Vanessa Klein

Herr Tim Kögler

Herr Steffen Pawlik

Herr Holger Radenbach

Frau Monika Sikora

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmmler

**DIE LINKE**

Frau Badi Özgültekin

**Tagesordnung:**

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Vorlage Nr.</b>
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der 15. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 28.09.2016 - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Bezuschussung des Vereins Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e. V. zum Bau eines Gemeindezentrums	IX/0901/2
5	Bezuschussung des Vereins DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e. V. zum Bau eines Gemeindezentrums	IX/0902/3
6	Bau einer Fußgängerbrücke zwischen der Aussichtsplattform des Monbergs und dem Parkhaus der Firma Kadans Real Estate GmbH	IX/0895
7	Public Konsortium d-NRW / Neuausrichtung d-NRW (AöR)	IX/0888
8	Gesamtabschluss 2014	IX/0896
9	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2015 und Entlastung des Bürgermeisters	IX/0908/1
10	Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2015	IX/0894
11	2. Nachtragshaushaltssatzung 2016	IX/0892
12	Einbringung Haushaltssatzung 2017	IX/0893
13	Stellenplan 2017	IX/0891
14	Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen "Verfahren zur Kontrolle der Umsetzung von Ratsbeschlüssen"	IX/0914
15	Mündliche Mitteilungen	
16	Mündliche Anfragen	
16.1	Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - "Information wegen der Baumfällarbeiten im Zuge der Bauarbeiten am Alten Markt"	
16.2	Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - "Altstadtsatzung / Informationsschreiben i.S. Klimaschutz"	

**Sitzungsergebnis:**

## **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 16. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Unter Hinweis auf die anwesenden Medienvertreter von Presse, Funk und Fernsehen fragt der Bürgermeister die Ratsmitglieder, ob es Bedenken gegen Bild- und Tonaufnahmen gebe. Da sich kein Ratsmitglied meldet, wertet der Bürgermeister dies als Zustimmung.

Anschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Frau Brinja Bures, Frau Vanessa Klein, Frau Monika Sikora, Herr Holger Radenbach, Herr Tim Kögler und Herr Steffen Pawlik (alle von der PETO-Fraktion), Herr Stephan Emmmer - Bündnis90/Die Grünen und Frau Badi Özgültekin - Die LINKE.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

## **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 15. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 28.09.2016 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

## **3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Tumm erkundigt sich nach dem geplanten Kostenmodell für das Parkhaus im Rheinpark.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zwischen dem Betreiber des Parkhauses und dem privaten Betreiber der Monberg-Gastronomie eine Nutzungsvereinbarung geschlossen wurde. Grundsätzlich sei ein Gros der Stellplätze als Dauerparkplätze den Beschäftigten der benachbarten Unternehmen vorbehalten. Sie dienen dem baurechtlichen Stellplatznachweis dieser Firmen im Rheinpark.

Einige Plätze stünden allerdings auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Abstellkosten sollen moderat gestaltet werden.

## **4 Bezuschussung des Vereins Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e. V. zum Bau eines Gemeindezentrums Vorlage: IX/0901/2**

Eingangs begrüßt der Bürgermeister die Vorstandsmitglieder der beiden islamischen Gemeinden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion schlägt vor, die Beratung der Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammenzufassen.

Anschließend nimmt er ausführlich zu den Vorlagen Stellung. Grundsätzlich sei nochmals die Art und Weise, wie die Vorhaben vor der Sommerpause durch den Bürgermeister angestoßen worden seien, zu bemängeln. Da man aber auch der Auffassung sei, dass die islamischen Gemeinden Unterstützung benötigten, habe man mit einer Zurverfügungstellung von Grundstücken an diese keine Probleme.

Probleme habe man mit den Voraussetzungen, unter denen dies geschehen solle. Inakzeptabel sei die vorgesehene Förderung über einen zweckgebundenen Zuschuss an die städtischen Tochtergesellschaften in Höhe der jeweiligen Grundstückskaufpreise.

Hinsichtlich des gewählten Standortes für die islamische Gemeinde auf dem Menk-Grundstück gäbe es keine Bedenken. Der Standort für die Türkisch Islamische Gemeinde am ehemaligen Freibadgelände sei, auch wenn dieser als Kompromiss-Standort für das ursprüngliche Grundstück auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule beschlossen wurde, weiterhin diskutabel. Vor allem vor dem Hintergrund, dass bei einer Veräußerung des Geländes für Wohnbebauung deutlich höhere Einnahmen durch die AWB erzielt werden könnten.

Bezüglich des geplanten Vertragsabschlusses mit dem Verein DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V. äußert er umfassende Bedenken, insbesondere hinsichtlich der politischen Geschehnisse der letzten Monate in der Türkei. Davor dürften die Augen nicht verschlossen werden. Die Vorbehalte richteten sich gegen den DİTİB-Dachverband als Vertragspartner. Die Mitglieder der türkischen Gemeinde seien ihm genauso lieb wie die Mitglieder der anderen islamischen Gemeinde, allerdings könne das Risiko der Einwirkung durch den Dachverband auf die Monheimer DİTİB-Türkisch-Islamische Gemeinde nicht einfach ausgeblendet werden.

Auf Nachfrage durch den Bürgermeister erklären sich alle mit einer gemeinsamen Beratung der beiden Tagesordnungspunkte einverstanden.

Es schließt sich eine heftige und äußerst kontrovers geführte Debatte an, in der vor allem die Mitglieder der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen ihre unterschiedliche Auffassung zu der Vorgehensweise der Verwaltung und den Vorhaben zum Ausdruck bringen.

Der Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen schließt sich seinem Vorredner der SPD-Fraktion an und erklärt, dass in Anbetracht der Tragweite der Vorhaben das Vorgehen der Verwaltung anfangs gänzlich unangemessen gewesen sei. Er bemängelt nach wie vor fehlende Kosten- und Finanzierungsmodelle, die s. E. zur Ermittlung einer finanziellen Größenordnung notwendig seien. Die Verwaltung habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Ihm fehle als wichtige Grundlage und Argumentationshilfe ein Vergleich mit der Förderung anderer Vereine und Verbände. Seine Fraktion bevorzuge grundsätzlich eine abgestufte Förderung für das Grundstück, den Bau und den Betrieb mit jeweils angemessenen Beträgen. Gegen die vorgeschlagene Art der Förderung habe man Bedenken. Deshalb werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Wie die jeweiligen Gemeinden die „Eigenmittel“ generieren wolle, wäre von Interesse gewesen und hätte seiner Meinung nach partnerschaftliches Verhalten gezeigt.

Ausdrücklich erklärt er abschließend, dass das Vertrauen in die Monheimer Türkisch-Islamische Gemeinde vorhanden sei. An ein Weisungsrecht des DİTİB-Dachverbandes glaube er nicht. Eine grundsätzliche Förderung beider islamischen Gemeinden halte er für notwendig.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion fasst den Werdegang der Vorlagen zusammen und führt zu den Hintergründen aus. Das einstimmig durch den Rat beschlossene strategische Ziel „Monheim – eine Stadt für alle“ beinhalte nach Auffassung ihrer Fraktion eine stärkere Integration der islamischen Gemeinden, die einen Teil der

Bürgerschaft darstellten. Dazu gehöre nicht nur eine Bereitstellung von Grundstücken, sondern auch eine weitere finanzielle Unterstützung. Man wolle die islamischen Gemeinden dabei unterstützen, erkennbare Moscheen zu bauen und das Hinterhofdasein zu beenden.

Der Verfahrenskritik am Vorgehen der Verwaltung könne nicht gefolgt werden. Sie könne die Vorwürfe nicht nachvollziehen. Die einzelnen durchgeführten Verfahrensschritte seit Einbringung der ersten Verwaltungsvorlage vor der Sommerpause werden von ihr aufgelistet.

Die bereits in der letzten Ratssitzung beschlossenen Standorte werden für angemessen gehalten. Besonders der Standort auf dem Menkgelände am Ortseingang werde befürwortet, weil eine Moschee dort besonders sichtbar sei. Sie hebt in ihrem Wortbeitrag hervor, dass unbedingt zu vermeiden sei, die beiden islamischen Gemeinden gegeneinander auszuspielen, denn der Anspruch auf Unterstützung stehe beiden gleichermaßen zu.

Eine monetäre Förderung der beiden Gemeinden werde als notwendig erachtet. Das Herausholen aus den Hinterhöfen sei angewandte Integration und das sei ihrer Meinung nach unbedingt förderungsfähig. Hinsichtlich der durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorgeschlagenen stufenweisen Förderung werde von ihrer Fraktion eine andere Meinung vertreten. Man betrachte die Projekte als einheitliche Vorhaben und halte eine Trennung zwischen einzelnen Entwicklungsstufen für nicht vorteilhaft. Bezüglich der angemahnten Vergleichszahlen von Förderungen an andere Vereine und Verbände merkt sie an, dass dadurch eine Vergleichsdebatte angezettelt werde, die man nicht unterstützen wolle.

Es sei erkennbar, dass durch die anderen Fraktionen eine Defizitförderung positiver angesehen werde. Die PETO-Fraktion beabsichtige jedoch nicht, Defizite zu fördern, sondern man wolle den eigentlichen Zweck fördern. Man halte die geplanten Integrationsmaßnahmen – Bau von Gemeindezentren für die islamischen Gemeinden – für förderungswürdig.

Anhand der heute vorliegenden Unterlagen könne über die Projekte entschieden werden. Man solle den Worten endlich Taten folgen lassen.

Das Nein zu den Grundstücken und zu einer finanziellen Förderung bedeute doch im Klartext, dass man eigentlich die zugesagte Unterstützung der islamischen Gemeinden gar nicht wolle. Dann solle man dies aber auch ehrlich sagen.

Die kritische Meinung hinsichtlich des DİTİB-Dachverbandes werde nicht geteilt. Sie vertrete die Auffassung, dass man unbedingt zwischen dem Staat Türkei und der Religionsgemeinschaft DİTİB trennen müsse. Vor allem sei die Sorge in Bezug auf die Monheimer Gemeinde unbegründet.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass er ergänzend zu seinen Vorrednern der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen noch zu den Schwerpunkten „Verfahrensablauf“, „Finanzierung“ und „Einfluss DİTİB-Dachverbandes“ ausführen werde.

Dass letztendlich in Augen der Oppositionsfraktionen doch noch ein reguläres Beratungsverfahren mit notwendigen Vorberatungen in Fachausschüssen stattgefunden habe, führe er auf deren Initiative vor der Sommerpause zurück. Aufgrund dessen sei es zu einem gemeinsamen einstimmigen Ratsbeschluss gekommen, in dem u.a. die Notwendigkeit zur Förderung der beiden islamischen Gemeinden festgestellt worden sei.

Hinsichtlich der finanziellen Förderung, die durch seine Fraktion in der vorgesehenen Form abgelehnt werde, halte man nach wie vor an der Aussage fest, die islamischen Gemeinden unterstützen zu wollen. Die Art und Weise der Förderung solle in dem Umfang stattfinden, wie die Gemeinden Leistungen für integrative Arbeit erbringen würden.

Die von der Verwaltung vorgesehene zweckgebundene Bezuschussung der beiden islamischen Gemeinden stelle einen einmaligen Vorgang dar. Nach seiner Kenntnis hätten andere religiöse Vereine und Verbände noch nie Zuschüsse erhalten. Auch für den Betrieb christlicher Kirchen gäbe es keine Zuschüsse.

Im Verlaufe der Vorberatungen habe sich herausgestellt, dass es erhebliche Meinungsunterschiede hinsichtlich der Beurteilung in Bezug auf die Einflussnahme des DİTİB-Dachverbandes gäbe. Man halte diesen für einen Befehlsempfänger des türkischen Staates.

Für die weitere Beratung sei eine Trennung in zwei Beschlussvorlagen vorgenommen worden, um ggf. getrennt über die verschiedenen Maßnahmen abzustimmen. Seitens der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen seien Vorschläge unterbreitet worden, um eine breite Zustimmungsmehrheit erreichen zu können.

Außerdem werde derzeit nicht gesehen, dass für die Türkisch-Islamische Gemeinde ein eiliger Bedarf bestünde.

Abschließend stellt der Sprecher der CDU-Fraktion fest, dass man den Eindruck habe, dass die breite Öffentlichkeit desillusioniert sei, weil es doch zu einem Beschluss der Mehrheitsfraktion kommen werde. Der Bürgerwille werde nicht gefragt. Man sei der Meinung, dass demokratisches Grundrecht ausgehebelt werde. Hierzu verweist er auf die kurzfristige Einberufung zur Sitzung des Aufsichtsrates der MVV nach der heutigen Ratssitzung, in der dann Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen. Das zeige die geistige Haltung zu demokratischem Verständnis des Bürgermeisters und der Mehrheitsfraktion.

Um dem Bürger doch zu seinem Recht zu verhelfen, sähen die Fraktionen von CDU und SPD keine andere Möglichkeit, als Anträge auf Ratsbürgerentscheide, die mit einer 2/3-Mehrheit angenommen werden müssten, einzubringen. Die SPD- und CDU-Fraktion würden geheime Abstimmung favorisieren, damit über diese Anträge frei von Fraktionszwang abgestimmt werden könne.

*Die Anträge werden dem Bürgermeister überreicht und sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.*

Der Bürgermeister entgegnet auf den Sprecher der CDU-Fraktion und bedauert, dass der Eindruck erweckt werde, als wenn die Verwaltung ein illegitimes Verfahren angestoßen hätte. Er ruft den Ablauf des Verfahrens bis heute in Gedächtnis.

Dass durch die Oppositionsfraktionen behauptet werde, dass der Bürgerwille durch die Mehrheitsfraktion ignoriert werde, fände er respektlos. Nach der Bürgeranhörung in der Aula sei eine Zustimmung von rund 80 % der anwesenden Monheimer Bürgerinnen und Bürger zu einer Unterstützung der islamischen Gemeinden zu verzeichnen gewesen. In der nachfolgenden Ratssitzung sei Einvernehmen über die Standorte erzielt worden. Mindestens 50 % der Monheimerinnen und Monheimer hätten sogar für die finanzielle Förderung in der vorgeschlagenen Größenordnung ausgesprochen.

Dass sein Vorredner der PETO-Fraktion und dem Bürgermeister Kompromisslosigkeit vorwerfe, sei nicht zu akzeptieren. Er verweist auf die

vorausgegangen Beratungen. Allerdings sähe er derzeit - bei der grundsätzlichen Einstellung der CDU - keine Möglichkeit auf eine Kompromisslösung, was er sehr bedaure.

Die Stadt habe sehr wohl in der Vergangenheit christliche Kirchen finanziell gefördert, erklärt der Bürgermeister und verweist u.a. auf den Zuschuss zur Dachsanierung der evangelischen Kirchengemeinde. Auch christliche Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen erhielten Fördermittel in nicht unerheblicher Höhe.

Im weiteren Verlauf seiner Antwort stellt der Bürgermeister fest, dass es letztlich egal sei, ob man den Grunderwerb fördere oder später die Aufbauten, die geplante Förderung betrage rund 15 % der Gesamtmaßnahmen.

Dass, wie bisher durch alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht worden sei, die Monheimer islamischen Gemeinden wohlwollend unterstützen zu wollen, bezweifle er nach der heutigen Diskussion. Ihm dränge sich der Eindruck auf, dass durch die Anträge auf Ratsbürgerentscheid die Entscheidung hinausgezögert und der vermeintliche Bürgerwille für eigene politische Zwecke instrumentalisiert werden solle. Nach langen Beratungen und Debatten käme der Tag, an dem eine Entscheidung getroffen werden müsse.

An den Wortbeitrag des Bürgermeisters schließt sich eine äußerst kontrovers geführte Diskussion an, die teilweise zu persönlichen Angriffen gegenüber dem Bürgermeister führen.

Durch einen Sprecher der CDU-Fraktion wird erklärt, dass man in der Bürgeranhörung, die zwar emotional aber äußerst sachlich geführt worden sei, den Eindruck gewonnen habe, dass in der Bürgerschaft am meisten Kritik an dem durch die Verwaltung initiierten „Schnellverfahren“ aufgekommen sei. Es wäre geäußert worden, dass über den Kopf der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden werden sollte.

Dass die CDU-Fraktion die Vorschläge der Verwaltung grundsätzlich ablehne, weise er entschieden zurück. In persönlichen Gesprächen habe man immer zum Ausdruck gebracht, dass man mit dem Grundstück für eine Moschee am Ortseingang nicht glücklich sei. Gleichzeitig sei aber immer betont worden, dass man dem Standort zustimmen könne, wenn die Bürgerschaft diesem zustimme. Wegen der finanziellen Unterstützung habe man klar geäußert, dass man keine Zuschüsse oder Schenkungen für Grundstücke vornehmen wolle, sondern dass man Konzepte mit integrativem Charakter erhalten wolle, um festzustellen, was daran förderungswürdig sei. Eine Vergleichbarkeit zu anderen Zuschussempfängern sollte hergestellt werden.

Aufgrund seiner zuvor gemachten Ausführungen seien die Antragsteller der Meinung, dass gute Gründe vorlägen, den Bürgern die in den beantragten Ratsbürgerentscheiden formulierten Fragen

Zu TOP 4: 1. „Sind Sie dafür.....“

Zu TOP 5: 2. „Sind Sie dafür.....“

zu stellen.

Wenn der Rat sich entschließen würde, die Frage, ob eine Bezuschussung gewollt sei, in die Hand der Bürgerschaft zu geben, würde ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger gegeben werden, dass man ihre Meinung ernst nehme. Man signalisiere, dass man als Stadtrat den gesamten Diskussionsverlauf in der Öffentlichkeit von Beginn an ernst nehme.



Der Bürgermeister stellt in seiner Antwort fest, dass es bei der Entscheidung, die der Rat zu treffen habe, um das „Wie“ der Unterstützung der muslimischen Gemeinden gehe. Seines Erachtens gehöre es zu den Aufgaben des Rates darüber zu diskutieren und Lösungen zu finden und möglichst einen Konsens zu finden. Dieser Aufgabe könne der Rat sich nicht entziehen, in dem man den Bürger über die vorgelegten Fragen abstimmen lasse.

Er stelle sich außerdem die Frage, wie die zugesicherte Unterstützung denn aussehen solle, wenn sich die Bürgerschaft gegen die zweckgebundenen Zuschüsse in angesprochener Höhe aussprechen würden. Sei dann an gar keine Förderung mehr gedacht oder in geringerer Höhe?

Diese unbeantworteten Fragen unterstrichen doch eindeutig, dass der Rat sich seiner Aufgabe Lösungen zu finden, nicht entledigen dürfe.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bedauert ausdrücklich die Eskalation in diesen Angelegenheiten, die s. E. dadurch ausgelöst wurde, dass die Fraktionen von CDU und SPD sich gezwungen sähen, Anträge auf Ratsbürgerentscheide zu stellen. Er sähe dies so, weil die notwendigen mehrfach geforderten Finanzierungs- und Raumprogramme, die die Grundlage für eine stufenweise Förderung bilden sollten, immer noch fehlten. Die Verwaltung habe versäumt, die islamischen Gemeinden dabei zu unterstützen, die notwendigen Unterlagen und Programme vorzulegen.

Dass sowohl seine Fraktion als auch die antragstellenden Fraktionen CDU und SPD einer hundertprozentigen Grundstücksförderung nicht zustimmen würden, sei in den vorausgegangenen Diskussionen betont worden.

Gegen die Höhe der vorgeschlagenen Zuschüsse hätte er keine Bedenken, zumal es sich - gemessen an der Gesamtsumme der Projekte – eigentlich um jeweils ca. 15% Anteilssumme handele.

Nochmals betont er, dass er wegen der Art der Förderung dieser leider nicht zustimmen könne.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion meldet sich zu Wort und erklärt, dass seitens der Oppositionsfraktionen in den vorausgehenden Beratungen nie konkrete Änderungsvorschläge gemacht worden seien. Sie sehe die Anträge auf Ratsbürgerentscheide als Blockademaßnahmen an. Um sich mit ihrer Fraktion über die Anträge zu besprechen, beantrage sie eine Sitzungsunterbrechung.

Der Bürgermeister ruft die noch ausstehenden Wortmeldungen auf.

Zu der vorgeschlagenen Methode des Einzelratsmitglieds der FDP einer „Höchstbetragsförderung“ mit jeweils durch die islamischen Gemeinden zu führenden Nachweisen, entgegnet der Bürgermeister, dass er diesen Vorschlag für nicht praktikabel halte. Die Diskussion kreise doch grundsätzlich darum, ob man eine Förderung wolle oder nicht.

S. E. ginge es heute darum, in einer Entscheidung zu einem Wert zukommen, der ausdrückt, was einem die Unterstützung der Gemeinden wert sei. Es sei zu entscheiden, dass eine Förderung von rund 15 % der Gesamtmaßnahmen für angemessen angesehen werde.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Stimmung in der Bürgerschaft, die die Vorlagen so lesen würden, als wenn es sich bei der Unterstützung der Gemeinden um eine 100%ige Förderung handele. Er könne sich vorstellen, wenn die

Punkte hinsichtlich der zweckgebundenen Zuschüsse zum Grundstückserwerb aus den Beschlussempfehlungen gestrichen werden könnten, dass man dann heute ggf. zu einstimmigen Beschlüssen kommen könnte. In weiteren Beratungen könne dann über die Form und Höhe der Förderung diskutiert werden. Ggf. könne dann auf die Anträge auf Ratsbürgerentscheide verzichtet werden.

Auf diese Ausführungen entgegnet der Bürgermeister, dass ihn diese Ausführungen überraschten, da der Sprecher in seiner ersten Wortmeldung doch vehement seine Bedenken gegen die DITIB-Gemeinde zum Ausdruck gebracht und einen Vertragsabschluss mit diesen in Frage gestellt habe.

Anschließend unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für eine Beratungspause.

Nach Wiederbeginn der Sitzung erteilt der Bürgermeister der Sprecherin der PETO-Fraktion das Wort, die für ihre Fraktion erklärt, dass man den Ratsbürgerentscheiden nicht zustimmen werde, da diese der Sache nicht gerecht würden. Außerdem würde dadurch ihrer Auffassung nach nur eine öffentliche Neiddebatte eröffnet. Aus den vorausgegangen Wortbeiträgen sei deutlich worden, dass grundsätzliche Einigkeit darüber bestünde, dass den muslimischen Gemeinden Unterstützung geboten und finanzielle Hilfe gewährt werden solle. Diese Entscheidung darüber obliege nach Abwägung über die Angemessenheit der Förderhöhe dem Rat und könne nicht den Bürgern auferlegt werden.

Die Behauptung der PETO-Fraktion, dass die CDU die beiden islamischen Gemeinden nicht unterstützen wolle, stimme so nicht. Ebenfalls sei auch nicht die Höhe der Zuschussbeiträge das Thema, sondern die vorgeschlagene Art und Weise der finanziellen Unterstützung werde abgelehnt. Man favorisiere eine Förderung nach Vorlage eines Betreiberkonzeptes. Im Fokus stünde hierbei insbesondere die finanzielle Unterstützung der integrativen Arbeit.

Dazu weist der Bürgermeister auf die den heutigen Vorlagen beigefügten Konzepte der islamischen Gemeinden hin. In der Vergangenheit sei bei noch keinem anderen Zuwendungsempfänger die Latte hinsichtlich der beizubringenden Unterlagen so hoch gehängt worden, wie bei diesen beiden Gemeinden. Dass die Bedürfnisse der islamischen Gemeinden mehr als augenscheinlich seien, stehe wohl außer Frage. Anders als in vorhergehenden Wortbeiträgen angedeutet wurde, seien die Grundstücke den islamischen Gemeinden nicht aufgedrängt worden. Es handele sich nicht um einen Akt der Mildtätigkeit, sondern um notwendige Unterstützung der beiden Gemeinden, das Hinterhofs-dasein zu beenden. Heute sei es an der Zeit, Mut zu beweisen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt nochmals unmissverständlich heraus, dass man gegen die Bezuschussung von Grundstücken sei. Er wirft der Verwaltung vor, dass die in den vorhergehenden Beratungen verlangten Finanzierungskonzepte, aus denen sich die Größenordnung der durch die islamischen Gemeinden geleistete integrative Arbeit ablesen lasse, nicht vorgelegt wurden. Diese laufenden Tätigkeiten wären nach Auffassung seiner Fraktion förderungsfähig.

Dass durch die anderen Fraktionen keine konkreten Vorschläge gemacht worden seien, wie die Sprecherin der Mehrheitsfraktion behauptet habe, weist er als unverschämt zurück.

Zum Abschluss seines Wortbeitrages beantragt er geheime Abstimmung über die Anträge zu Ratsbürgerentscheiden.

Der Bürgermeister weist den Vorwurf, dass die PETO-Fraktion nicht kompromissbereit sei zurück. Wenn Kompromissbereitschaft nicht bestanden hätte, hätte bereits vor der Sommerpause ein Mehrheitsbeschluss gefasst werden können. Er weist nochmals auf die Bürgerbeteiligungen hin, die eindeutig zum Ausdruck gebracht habe, dass in der Bürgerschaft Konsens für den Bau von Moscheen bestehen würde.

Auch er teilt die Ansicht, dass durch die Ratsbürgerentscheide in der Öffentlichkeit eine Neiddebatte angezettelt werde. Das gelte es zu vermeiden.

Er äußert erneut seine Auffassung, dass der Rat den Mumm haben müsse, um sich heute nach einer mehrmonatigen Debatte für die vorgesehene Unterstützung, auch in der vorgeschlagenen Höhe, zu entscheiden.

Vor Abstimmung über die vorliegenden Anträge, erteilt der Bürgermeister zunächst dem Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen das Wort.

Dieser macht noch einen Alternativantrag hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der islamischen Gemeinden anstelle der Festbetragsfinanzierung in den Beschlussvorschlägen

Die Höhe der jeweils vorgesehenen finanziellen Unterstützung stehe grundsätzlich außer Frage.

Anstelle eines zweckgebundenen Zuschusses zum Grundstückserwerb (Festbetragsfinanzierung), schlage er eine prozentuale Förderung für Grundstücks- und Baukosten nach einem abgestuften Zahlungsplan vor.

Der vorgesehene Zuschuss über 420.000 EUR für die Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V. mache einen Anteil von 14,4 % der Summe der Grundstücks- und Baukosten aus; der vorgesehene Zuschuss über 425.000 EUR für die DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V. entspräche einem Anteil von 10,8 % der Summe der Grundstücks- und Baukosten.

Um das Ungleichgewicht zwischen den Fördersätzen bei den beiden Empfängergemeinden auszugleichen, könne er sich vorstellen, sich auf einen prozentualen Mittelwert zu verständigen.

Der Bürgermeister gibt Hinweise zu den nachfolgenden Abstimmungsverfahren. Zunächst solle über die beiden Anträge hinsichtlich der Ratsbürgerentscheide abgestimmt werden, weil es sich um die weitergehenden Anträge handele. Sollte hierzu Zustimmung erfolgen, wäre eine Abstimmung über den von Herrn Poell gestellten Antrag hinfällig. Vorher werde er die noch verbliebenen Wortmeldungen aufrufen.

Nochmals macht ein Sprecher der CDU-Fraktion deren Auffassung hinsichtlich der finanziellen Förderung der islamischen Gemeinden deutlich. Für seine Fraktion mache es keinen Unterschied, ob man - wie zunächst beabsichtigt - kostenlose Grundstücksüberlassungen vornehme oder - wie entsprechend der vorliegenden Beschlussvorlagen - zweckgebundene Zuschüsse zum Grundstückserwerb zur Verfügung stelle. Der grundsätzliche Anknüpfungspunkt hinsichtlich der finanziellen Förderung laute doch, was soll gefördert werden? Grundstückskäufe oder Maßnahmen zur integrativen Arbeit. Darüber solle der Bürger entscheiden. Die CDU-Fraktion habe immer deutlich gemacht, dass einer Bezuschussung zu Grundstückskäufen nicht zugestimmt werde. Unmissverständlich spreche man sich für die Förderungen von Maßnahmen zur Stärkung der Integration aus.

Nach der Entgegnung durch den Bürgermeister, der kritisch auf die Formulierungen

der Ratsbürgerentscheide hinweist und erklärt, die Bürgerinnen und Bürger seien klug genug die richtige Entscheidung zu treffen und zu erkennen, wo die eigentliche Problematik läge, meldet sich ein weiterer Sprecher der PETO-Fraktion zu Wort und erklärt, dass man endlich zur Abstimmung kommen solle, weil über die Thematik lange und ausführlich genug diskutiert worden sei und keine neuen Argumente mehr vorgetragen würden.

Bevor der Bürgermeister zur geheimen Abstimmung aufruft, schlägt er vor, über die Anträge gemeinsam als zusammenhängenden Antrag abstimmen zu lassen. Widerspruch dagegen wird nicht erhoben.

Der Bürgermeister ruft die Ratsmitglieder in namentlicher Reihenfolge zur Stimmabgabe auf.

**Geheime (gemeinsame) Abstimmung über die Anträge zur Sache zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Monheim am Rhein:**

1. Die Grundsatzentscheidung zur Vorlage IX/0901/1 wird nicht durch den Rat selbst, sondern durch einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 (1) Satz 2 GO NRW getroffen. Hierzu wird folgende Fragestellung zur Abstimmung gestellt:

Sind Sie dafür, dem Verein „Islamische Gemeinde in Monheim und Umgebung e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 420.000 Euro zum Erwerb eines Grundstücks von der Stadtentwicklungsgesellschaft Monheim am Rhein im Geltungsbereich des Bebauungsplans 126 M (Menk-Gelände) zu geben?

2. Die Grundsatzentscheidung zur Vorlage IX/0902/3 wird nicht durch den Rat selbst, sondern durch einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 (1) Satz 2 GO NRW getroffen. Hierzu wird folgende Fragestellung zur Abstimmung gestellt:

Sind Sie dafür, dem Verein „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 425.000 Euro zum Erwerb des alten Freibadgeländes von der Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH zu geben?

Die Ratsherren Bosbach - CDU - und Eggert - PETO - werden zur Auszählung der Stimmen bestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 22  
Enthaltungen: 1

**Die Anträge sind mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend bittet der Bürgermeister den Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen seinen Änderungsantrag zu formulieren.

Eingangs nimmt dieser Bezug auf seine bereits vorher geäußerten Überlegungen und Berechnungen, die ihn veranlassen, nachfolgende Anträge zu stellen.

1. „Die Stadt Monheim am Rhein stellt dem Verein „Islamische Gemeinde Monheim

und Umgebung e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss i.H.v. 14,5 % der Grundstücks- und Baukosten nach festzulegendem Zahlungsplan nach Maßgabe zur Verfügung.“

2. „Die Stadt Monheim am Rhein stellt dem Verein „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss i.H.v. 14,5 % der Grundstücks- und Baukosten nach festzulegendem Zahlungsplan nach Maßgabe zur Verfügung.“

Hinsichtlich der „Maßgabe“ müssten noch konkrete Formulierungen erfolgen, zumal jeweils die Anlage 6 (notarieller Vertragsentwurf) korrigiert werden müsse.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, diesen Antrag abzulehnen. Die Förderung nach dem genannten Prozentsatz sei willkürlich gewählt. Seine Fraktion halte an einer ausschließlichen Förderung von integrativer Arbeit fest.

Der Bürgermeister erklärt, dass entsprechend der Geschäftsordnung des Rates zunächst die weitergehenden Beschlussvorschläge zur Abstimmung gestellt werden würden. Sollte diesen nicht zugestimmt werden, würde der Antrag der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt werden.

Eine getrennte Abstimmung über die Beschlussvorschläge zu Tagesordnungspunkten 4 und 5 wird nicht gewünscht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18 PETO, 1 BM

Nein-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

Nach den Abstimmungen teilt der Bürgermeister mit, dass die Aufsichtsratssitzung der MVV, die heute im Anschluss an die Ratssitzung stattfinden sollte, entfällt. Es werde fristgerecht zu einer Sitzung des Aufsichtsrates am 04.11.2016 eingeladen.

#### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt:

1. Die Stadt Monheim am Rhein stellt dem Verein „Islamische Gemeinde in Monheim und Umgebung e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 420.000 Euro zum Erwerb eines Grundstücks von der Stadtentwicklungsgesellschaft Monheim am Rhein im Geltungsbereich des Bebauungsplans 126 M (Menk-Gelände) nach Maßgabe des als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertragsentwurfs zur Verfügung.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, die erforderlichen Beschlüsse zum Verkauf des genannten Grundstücks durch die Stadtentwicklungsgesellschaft an die Islamische Gemeinde, entsprechend dem als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertragsentwurf, zu fassen.
3. Die Stadt Monheim am Rhein macht dem Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V. das Angebot, das Objekt Opladener Straße 129, 40789 Monheim am Rhein, Gemarkung Monheim, Flur 13, Flurstück 3979, mit einer

Grundstücksgröße von 733 m<sup>2</sup>, zum Kaufpreis von 310.000 Euro zu den Bedingungen des beigefügten Entwurfes zu erwerben. Die Stadt ist an dieses Angebot bis zum 31.10.2018 gebunden.

- Die Verwaltung wird ermächtigt, den im Entwurf als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertrag abzuschließen, die Einzelheiten der Vereinbarungen und deren Durchführung festzulegen sowie alle zur Durchführung der Vereinbarung notwendigen Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben.

## **5 Bezuschussung des Vereins DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e. V. zum Bau eines Gemeindezentrums** **Vorlage: IX/0902/3**

Die Beratung wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt ö 4 (Drucksache IX/0901/2) geführt.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt:

- Die Stadt Monheim am Rhein stellt dem Verein „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 425.500 Euro zum Erwerb des alten Freibadgeländes von der Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH im Bereich des laufenden Bebauungsplanverfahrens 106 M „Östlich Heide“ gemäß den Bedingungen des als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertragsentwurfs zur Verfügung.
- Die Verwaltung wird beauftragt, das Planverfahren für den Bebauungsplan 106 M „Östlich Heide“ im Bereich der ursprünglich geplanten Wohnbaufläche auf die Schaffung einer Gemeinbedarfsfläche anzupassen.
- Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, die erforderlichen Beschlüsse zum Verkauf des genannten Grundstücks durch die Allwetterbad GmbH an die DİTİB-Gemeinde, gemäß dem als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertragsentwurf, zu fassen.
- Die Stadt Monheim am Rhein erwirbt von dem Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DiTiB) Köln mit Sitz in Köln, das Objekt Niederstraße 52, 40789 Monheim am Rhein, Gemarkung Monheim, Flur 12, Flurstücke 270 und 271, mit einer Grundstücksgröße von 1024 m<sup>2</sup> zum Kaufpreis von 671.000 Euro nach den näheren Maßgaben des als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertragsentwurfes.
- Die Verwaltung wird ermächtigt, den im Entwurf als Anlage 6 beigefügten einheitlichen notariellen Vertrag abzuschließen, die Einzelheiten der Vereinbarungen und deren Durchführung festzulegen sowie alle zur Durchführung der Vereinbarung notwendigen Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18 PETO, 1 BM

Nein-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

**6 Bau einer Fußgängerbrücke zwischen der Aussichtsplattform des Monbergs und dem Parkhaus der Firma Kadans Real Estate GmbH  
Vorlage: IX/0895**

Eingangs meldet sich Ratsherr Wölk - FDP - mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort und beantragt in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde die Vertagung der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt.

Der Bürgermeister weist vor Abstimmung darauf hin, dass wg. der Beantragung der Zuschussmittel bis spätestens 30.11.2016 ein Ratsbeschluss noch im November erforderlich werden würde, sollte der Vertagung stattgegeben werden. Er sähe sich dann gezwungen, den Rat zu einer Sondersitzung einzuberufen.

Er stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

28 Nein-Stimmen: 18 PETO, 5 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 BM

3 Ja-Stimmen: 2 CDU, 1 FDP

**mehrheitlich abgelehnt**

Zu Beginn der Beratungen erteilt der Bürgermeister dem Sprecher der CDU-Fraktion das Wort.

Dieser bemängelt zunächst die Art und Weise, wie der Verwaltungsvorschlag bekannt geworden sei und man über das Vorhaben zuerst aus der Presse Kenntnis erlangt habe.

Dass in der Verwaltungsvorlage nur die Kosten für die zwei teureren Brückenbauwerke aufgeführt werden, obwohl in der Verwaltungsvorlage drei Konzepte ausführlich dargestellt wurden, verwundere ihn. Die Argumentation der Verwaltung warum man sich für die teuerste Variante entscheide, sei nicht nachvollziehbar.

Die Erreichbarkeit des Monbergs müsse dauerhaft sichergestellt werden, das sei keine Frage. Deshalb hätte die CDU kein Problem mit einer kostengünstigen Optimierung des bestehenden Schrägaufzuges.

Die enormen Kosten für die favorisierte Variante werden bemängelt. Es dränge sich der Eindruck auf, dass durch die Mehrheitsfraktion zunehmend das Geld der Steuerzahler verprasst werde.

Diese Vorwürfe weist der Bürgermeister energisch zurück. Es ginge grundsätzlich um die Entscheidung, ob einem die Maßnahme das Geld wert sei, was sie koste.

Wegen der bemängelten Vorbereitungsprozesse und dem frühzeitigen Bekanntwerden der Verwaltungsvorgänge aus der Presse nimmt der Bürgermeister eingehend Stellung. Es habe an einer fehlerhaften technischen Einstellung im Ratsinformationssystem (RIS) gelegen, dass die Vorlage frühzeitig - wenn auch nur für kurze Zeit - öffentlich einsehbar gewesen sei. Besonders stellt er heraus, dass er von den Ratsmitgliedern erwarte, dass Stillschweigen bei nichtöffentlichen Vorlagen gewahrt werde. In diesem Fall handele es sich zwar grundsätzlich um eine öffentliche Vorlage. Die vorzeitig einzusehende Vorlage sei allerdings als nichtöffentlich gekennzeichnet gewesen. Eine Weitergabe durch ein Ratsmitglied an die Presse habe nicht erfolgen dürfen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt dazu, dass es sich um eine Verkettung von unklaren Darstellungen gehandelt habe. Ihm sei sehr wohl bewusst, dass Inhalte nichtöffentlicher Vorlagen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürften.

Wegen der grundsätzlichen Notwendigkeit einer Brücke zum Monberg werde die gleiche Auffassung wie die der CDU-Fraktion vertreten. Bei dem durch die Verwaltung favorisiertem Projekt dränge sich die Frage auf, ob dieses die Steuermittel, u.a. auch den Bundeszuschuss, wert sei. Seine Fraktion halte die Pylonbrücke für nicht angemessen und werde die Vorlage ablehnen.

Ihre Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion. Es ginge bei diesem Projekt schließlich nicht nur um eine barrierefreie Erreichung des Monbergs, sondern es handele sich auch um ein bauliches Kunstobjekt im öffentlichen Raum, insbesondere diene dieses der weiteren Aufwertung des Rheinparks. Dieser sei städtebaulich besonders repräsentativ und die Pylonbrücke stelle darin ein weiteres aufwertendes Element dar.

Der Sprecher der CDU-Fraktion mahnt nochmals den fehlenden Kostennachweis für das preiswerteste Brückenbauwerk an und stellt nochmals heraus, dass die Maßnahme insgesamt als zu teuer erachtet werde.

Der Bürgermeister erklärt, die Kosten würden zum Protokoll gegeben werden.

Die Pylonbrücke erziele seines Erachtens nicht die erhoffte Signalwirkung, da sie im Rheinpark in dritter oder vierter Baureihe stünde, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Der barrierefreie Zugang zum Monberg sei deutlich günstiger zu erlangen. Ob für die Erschließung eines Gastronomiebetriebes städtische Mittel aufgewendet werden sollen, stellt er grundsätzlich in Frage. Auch dass dafür Bundesmittel generiert werden sollen, fände nicht die Zustimmung seiner Fraktion. Die Vorlage werde abgelehnt.

Vor Abstimmung hält der Bürgermeister fest, dass die Kosten für die Variante 01 zum Protokoll gegeben werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

19 Ja-Stimmen: 18 PETO, 1 BM

12 Nein-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

#### **Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Konzept „Pylonbrücke“ um Bundesfördermittel aus dem Investitionsprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für die Realisierung einer Fußgängerbrücke zwischen der Aussichtsplattform des Monbergs und dem Parkhaus der Firma Kadans Real Estate GmbH zu bewerben und bei Vorliegen eines Förderbescheids den Bau zu beauftragen.
2. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden in den Haushalt 2017 eingestellt.
3. Für den Fall, dass es nicht gelingt, Fördermittel im Umfang von mindestens 340.000 Euro einzuwerben, wird die Verwaltung beauftragt, die günstigere



Variante „Zweigbrücke“ umzusetzen. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden in diesem Fall auf 850.000 Euro reduziert.

**mehrheitlich zugestimmt**

**7 Public Konsortium d-NRW / Neuausrichtung d-NRW (AÖR)  
Vorlage: IX/0888**

**Beschluss**

Der Rat genehmigt die vom Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Konsortialversammlung der Public Konsortium d-NRW GbR getätigten Beschlüsse zur Beendigung der Public Konsortium d-NRW GbR und der Umwandlung in die „d-NRW AÖR“.

**einstimmig zugestimmt**

**8 Gesamtabschluss 2014  
Vorlage: IX/0896**

Der Rat nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

**9 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2015 und Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: IX/0908/1**

Vor Abstimmung erklärt der Bürgermeister, dass eine getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte 1 und 2 erfolgen müsse, da er bei Nr. 2 nicht mitstimmen dürfe.

**Beschluss**

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2015 fest.

**Abstimmung zu Nr. 1:**  
einstimmig zugestimmt

2. Der Rat entlastet gemäß § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

**Abstimmung zu Nr. 2:**  
einstimmig zugestimmt

Der Bürgermeister stimmt bei Nr. 2 des Beschlusses nicht mit.

**10 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2015  
Vorlage: IX/0894**

**Beschluss**

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 65.134.914,53 € zur Erhöhung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 21.564.707,62 € und zur Erhöhung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 43.570.206,91 € zu verwenden.

**einstimmig zugestimmt**

**11 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016**

**Vorlage: IX/0892**

Durch Vertreter der CDU-Fraktion wird massiv das Vorgehen der Verwaltung im Hinblick auf die Zurverfügungstellung von Beratungsunterlagen bemängelt. Die ergänzte Änderungsliste sei erst im interfraktionellen Gespräch am Montag den Fraktionsvorsitzenden ausgehändigt worden. Für eine ausführliche Beratung und Austausch mit anderen Fraktionsmitgliedern sei das eindeutig zu kurzfristig.

Der Bürgermeister entgegnet dazu, dass er im interfraktionellen Gespräch eingehend die Ergänzungen insbesondere im Hinblick auf das Produkt „Ankauf von Kunst“ i.H.v. 100.000 EUR erläutert habe. Besonders zu dem geplanten Kunstprojekt für den Kreisel an der Baumberger Chaussee/Knipprather Straße habe er ausführlich berichtet.

Für die kommenden Jahre sei geplant, pro Jahr 100.000 EUR für Kunstprojekte bereitzustellen. Die Auswahl solle dann jeweils durch eine interfraktionelle Auswahlkommission vorgenommen werden.

Da die Nachtragshaushaltssatzung die Mittel für die Moscheegrundstücke enthalte, werde man diese ablehnen. Grundsätzlich wolle er feststellen, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln zu verzeichnen sei. Ausdrücklich möchte er jedoch betonen, dass das vorgestellte Kunstprojekt für den Kreisel begrüßt werde, auch wenn insgesamt der Nachtragshaushalt abgelehnt werde.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion spricht sich eindeutig für die im Rahmen des Nachtragshaushaltes vorgeschlagenen Projekte aus. Sie weist die Vorhalte der anderen Fraktionen zurück, wonach städtische Mittel verantwortungslos verwendet würden und wünscht sich eine konstruktive Begleitung bei der Umsetzung der Maßnahmen durch die anderen Fraktionen.

Durch den Sprecher der SPD-Fraktion wird in Frage gestellt, ob bei der Mittelverwendung noch das richtige Maß gewählt werde. Das bleibe nach seiner Auffassung strittig. Eindeutig befürwortet werde, dass geplant sei, in den kommenden Jahren Kunstprojekte durch eine fraktionsübergreifende Kommission auszuwählen.

Abschließend erklärt er, dass wegen der zweckgebundenen Zuschüsse zum Erwerb von Moscheegrundstücken der Nachtragshaushaltssatzung nicht zugestimmt werde.

Der Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion sich wegen der Zuschüsse für die Moscheegrundstücke bei der Abstimmung über die Nachtragshaushaltssatzung enthalte.

Er fragt noch nach, ob durch die Verwaltung geplant sei, Mittel aus dem Fördertopf „Gute Schule 2020“ zu beantragen.

Die Kämmerin antwortet, dass entsprechende Erträge im Haushaltsplan 2017 eingepreist worden wären.

**Beschluss**

1. Der Verwaltungsentwurf der 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2016

vom 14.01.2016 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat angenommen.

2. Die 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2016 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte 2. Nachtragshaushaltsatzung 2016 wird Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

19 Ja-Stimmen	PETO, BM
11 Nein-Stimmen	7 CDU, 3 SPD, 1 FDP
1 Enthaltung	Bündnis90/Die Grünen

**mehrheitlich zugestimmt**

**12 Einbringung Haushaltssatzung 2017**

**Vorlage: IX/0893**

Eingangs weist der Bürgermeister daraufhin, dass die Tagesordnungspunkte 12 und 13 gemeinsam beraten werden. Wie in den vergangenen Jahren würden er und danach die Kämmerin diese Tagesordnungspunkte dazu nutzen, um ihre Haushaltsreden vorzutragen und darin genauer auf die finanzielle Lage der Stadt einzugehen.

Zunächst stellt der Bürgermeister anhand einer Powerpoint-Präsentation die Pläne für eine neuerliche Gewerbesteuersenkung vor, um dann weiter zum Haushalt auszuführen.

*Die Präsentation wird der Niederschrift beigefügt.*

Bevor der Bürgermeister der Kämmerin das Wort für ihre Haushaltsrede erteilt, weist er darauf hin, dass ab dem 27.10.2016 die Bürgerinnen und Bürger auf der Homepage der Stadt Monheim über die Online-Beteiligung Haushalt 2017 sich bei den Beratungen einbringen können.

Zum Abschluss ihres Vortrages bedankt sich die Kämmerin bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Finanzbereich für die geleistete Arbeit.

Der Bürgermeister spricht Frau Noll seinen Dank aus.

*Der Vortrag der Kämmerin wird der Niederschrift beigefügt.*

**Beschluss**

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Stellenplan 2017**

**Vorlage: IX/0891****Beschluss**

Der Entwurf des Stellenplans 2017 wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

**einstimmig zugestimmt**

**14 Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen "Verfahren zur Kontrolle der Umsetzung von Ratsbeschlüssen"**  
**Vorlage: IX/0914**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion bittet mit Hinweis auf die späte Stunde um Vertagung der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt.

Der Vertagung wird nicht widersprochen.

**15 Mündliche Mitteilungen**

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

**16 Mündliche Anfragen**

**16.1 Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - "Information wegen der Baumfällarbeiten im Zuge der Bauarbeiten am Alten Markt"**

Herr Nagy bezieht sich auf seine mündliche Anfrage aus der letzten Ratssitzung, mit der er um Mitteilung eines konkreten Termins bzgl. des Beginns der Bauarbeiten, insbesondere der geplanten Baumfällarbeiten gebeten hatte. Der Bürgermeister habe eine Information zugesagt, aber dem mit Hinweis auf den Bauzeitenplan mitgeteilt, dass eine Terminbenennung mit einer geringeren Vorlaufzeit als ein/zwei Wochen nicht vorstellbar sei.

In den letzten Tagen habe er jetzt allerdings eine E-Mail mit der Information erhalten, dass die Fällung der Bäume bereits stattgefunden habe. Die Zusage des Bürgermeisters sei leider nicht eingehalten worden.

Diese verspätete Information sei auf ein Versehen der ausführenden Baufirma zurückzuführen, erklärt der Bürgermeister. Die Firma sei durch die Verwaltung explizit gebeten worden, rechtzeitig über den Beginn der Arbeiten informiert zu werden. Doch die Verwaltung sei erst verspätet über die Arbeiten in Kenntnis gesetzt worden. Er bittet, die zu spät erfolgte Information an Herrn Nagy zu entschuldigen.

**16.2 Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - "Altstadtsatzung / Informationsschreiben i.S. Klimaschutz"**

Herr Poell bezieht sich auf ein Einladungsschreiben der Stadtverwaltung zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Solarenergie ist wirtschaftlich“. Er habe dieses Schreiben als Immobilien-Eigentümer eines Gebäudes in der Turmstraße erhalten und ihn interessiere, ob entgegen der Bestimmungen in § 12 der Altstadtsatzung doch Photovoltaikanlagen innerhalb des Geltungsbereichs der

Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die äußere Gestaltung der Gebäude zum Schutz und zur Aufwertung der historischen Gestalt der Monheimer Altstadt (Altstadtsatzung) errichtet werden dürften.

Der Bürgermeister teilt mit, dass durch dieses Informationsschreiben die Bestimmungen der Altstadtsatzung selbstverständlich nicht außer Kraft gesetzt würden. Man werde die Adressaten der Anschreibe-Aktion überprüfen und ggf. für Richtigstellung sorgen, denn die Immobilien-Eigentümer im Geltungsbereich der Altstadtsatzung hätten diese Schreiben nicht erhalten dürfen.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den noch anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin